

Obwaldner Volksfreund.

pa. Hochw. Hrn. Pfarrer



Abonnement

(Bei sämtlichen Post-Bureaux.)
Jährlich (franko durch die ganze Schweiz) . . . Fr. 4. —
Halbjährlich " 2. 10
Bei der Expedition abgeholt jährlich " 3. 80
" " " halbjährlich " 2. —

N^o. 1.

Erscheint jeden Samstag vormittags.

6. Januar.

Einrückungsgebühr

Die einseitige Petitzeile oder deren Raum . . . 10 Rp.
Bei Wiederholungen 8 "
Die zweiseitige Petitzeile oder deren Raum . . . 20 "
Bei Wiederholungen 16 "

Sarnen, 1894.

24. Jahrgang.

Inserate von Auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren **Saasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und Drell Fähtl & Cie.** in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Straßburg und Wien.

Das neue Jahr

hat seinen Lauf begonnen, begrüßt von heißen Wünschen und rosigten Hoffnungen. Leider werden gar viele derselben unerfüllt bleiben. Wie wir schon in unserer letzten Nummer angedeutet haben, bietet die Weltlage beim Beginn des neuen Jahres keinen erfreulichen Ausblick dar. Vor allem aus schwebt auf allen Lippen die bange Frage: Bringt uns das neue Jahr Frieden oder Krieg? Wer gibt uns auf diese verhängnisvolle Frage eine bestimmte und zuverlässige Antwort?

Man hat in jüngster Zeit viel gelesen und gesprochen von Bomben, welche plötzlich plagen und in ihrem ganzen Bereich die schwersten Verheerungen anrichten. Gleicht nicht die Weltlage auch einer solchen Bombe, welche jeden Augenblick plagen und in den weitesten Kreisen Verderben um sich verbreiten kann? An Zündstoff fehlt es wahrlich nicht. Bis an die Zähne gewappnet stehen die Großstaaten einander gegenüber. Der Friede beruht im Grunde nur darauf, daß keine der europäischen Großmächte weiß, ob nicht noch ein stärkerer über sie kommen könnte, der sie mit seinem eisernen Tritt zermalmen würde. Alle Staaten spannen ihre Wehrkraft aufs äußerste an. Der Militarismus lastet auf den Völkern mit einem ganz unerhörten Druck. Man hat in diesem Frühjahr und Sommer so viel und gewiß nur mit zu gutem Grunde von der Notlage gesprochen. Dasselbe wurde an gar vielen Orten aufs Bitterste empfunden. Man brauchte nur durch Italien zu reisen, um sich einen Begriff davon zu machen, wie schrecklich Fluren und Felder versengt und ausgedörrt waren. Nun wäre es möglich gewesen, die Notlage, unter welcher Millionen von Menschen seufzten, mit einem Schläge zu beseitigen. Es hätte eines einzigen kühnen Wortes und nur einer rettenden Tat bedurft, um Reichtum an die Stelle der Not zu setzen und in Millionen von gepreßten Herzen Glück und Freude auszugießen. Dieses Wort und diese Tat heißt: „Abrüsten“.

Es unterliegt ja gar keinem Zweifel, daß der Notstand weit mehr als aufgewogen worden wäre, wenn man die erdrückenden Militärlasten den Völkern abgenommen und die rüstige Jungmannschaft der friedlichen Arbeit zurückgegeben hätte. Das Angesicht Europas würde sich völlig verändern, wenn man die Wehrkraft in die Nährkraft umwandeln würde. Aber keiner von den Mächtigen dieser Erde bringt das Wort: „Abrüsten“ über seine Lippen. Auch im neuen Jahre wird dieses erlösende Wort ein schöner Traum bleiben. War es ja unserem aufgeklärten Zeitalter vorbehalten, in der vervollkommnung der Kriegswaffen aller Art eine Stufe zu erreichen und eine Erfindungsgebilde zu betätigen, von welcher frühere Geschlechter auch nicht die leiseste Ahnung hatten. Zweifellos haben wir in verschiedener Richtung unberechenbare Fortschritte gemacht. Aber die größten Fortschritte wurden doch wohl in der Kriegstechnik erzielt. Um möglichst rasch einen Massenmord zu bewerkstelligen, dafür wird das Menschenmögliche, ja das Unerhörte und Unglaubliche geleistet. Das ist allerdings ein riesiger Fortschritt, wenn es überhaupt ein Fortschritt ist.

Es liegt auf der Hand, daß der Militarismus, die Kriegsbereitschaft, die größte Kriegsgefahr bildet. Wenn der Bogen allzu straff gespannt ist, so geht er schließlich los. Die ungeheuern Anstrengungen im Wehrwesen

wollen doch nicht umsonst gemacht sein. Diese Anstrengungen erreichen auch einmal ihre Grenze und jenseits dieser Grenze liegt nicht der Friede, sondern der Krieg. „Si vis pacem, para bellum. Wenn du den Frieden willst, so rüste dich zum Kriege.“ So sagten die Alten. Jetzt ist's umgekehrt. Die kolossalen Rüstungen führen mit innerer Notwendigkeit zum Kriege. — Dermalen beruht der Friede auf dem Dreibund. Die Mächte des Dreibundes wollen keinen Krieg. Aber in dem russisch-französischen Bündnis liegt eine drohende Kriegsgefahr. Als im Herbst die russische Flotte in Frankreich war, da wurde so viel vom Frieden geredet und der friedliche Charakter der russisch-französischen Allianz wurde bei jeder Gelegenheit und mit allem Nachdruck betont. Uns kam es vor, die Franzosen und die Russen haben ein schlechtes Gewissen und darum müssen sie ihre Unschuld beteuern und immer wieder sagen, daß ihnen die Absicht ferne liege, die Brandsackel ins europäische Pulverfaß zu werfen. Es ist ja klar, daß der nächste Zweck des russisch-französischen Bündnisses darin besteht, dem Dreibund Schach zu bieten. Daß übrigens auch eines schönen Morgens der Dreibund in die Brüche gehen kann, das haben die jüngsten Vorgänge in Italien bewiesen. Dort gewinnen diejenigen Politiker, welche zu Frankreich hineigen, an Zahl und an Einfluß. In diesem Augenblick will allerdings wohl keine Regierung die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen, den Frieden zu brechen. Gar oft ist aber die Macht der Verhältnisse stärker als der Wille der Menschen.

Im Innern der Staaten ist riesig viel Gährungsstoff vorhanden. Ueberall stehen Fragen von einschneidender Bedeutung im Vordergrund. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, gehen wir einer ereignisreichen Zeit entgegen. Möge sie den Völkern zur Wohlfahrt gereichen! Die Erfüllung dieses Wunsches erwarten wir nicht von dem Sinnen und Wirken der Menschen, sondern nur von dem gnädigen Walten einer allweisen Vorsehung.

Gidgenossenschaft.

— Die Initiativbewegung für die unentgeltliche Krankenpflege und für das Tabakmonopol ist im vollen Gange. Die Männer, welche an der Spitze der Bewegung stehen, suchen ihr durch Vorträge und Versammlungen zum Durchbruch zu verhelfen. Hr. Prof. Dr. Beck von Freiburg sprach am Sonntag in Stans und am Montag in Brunnen und in Luzern. An letztem Orte trat auch Hr. Arbeitersekretär Greulich im gleichen Sinne als Redner auf. Von verhängnisvoller Vorbedeutung für das Schicksal der ganzen Bewegung war offenbar die Versammlung in Stans, welche etwa 400 Teilnehmer zählte und sich aus allen Teilen des Kantons und aus allen Bevölkerungsklassen rekrutierte. In Brunnen machte sich zwar keine Opposition geltend, aber es herrschte eine kühle Stimmung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die 50,000 Unterschriften zusammengebracht werden, zumal da man im Kanton Freiburg und im Berner Jura massenhaft unterzeichnen soll. Gleichwohl ist das Schicksal der Initiative heute schon besiegelt. Sie wird in der Abstimmung mit gewaltiger Mehrheit verworfen und zwar wird dieses Schicksal schon den neuen Artikel der Bundesverfassung erteilen. Geschweige denn, daß man keinenfalls dazu kommt, ein Vollziehungsgesetz auszuarbeiten, welches die Klippen der Volksabstimmung umschiffen könnte. Wie wir zuverlässig vernehmen, macht sich in vielen katholisch-konservativen Kreisen nachgerade nicht nur eine entschiedene

Abneigung, sondern eine eigentliche Erbitterung gegen diese „sozialistischen“ Bestrebungen geltend. Schreiber dieser Zeilen bekennt sich heute noch zu der Ansicht, die er im Zentralkomitee des Biusvereines vertreten hat. Die unentgeltliche Krankenpflege für Unbemittelte ist ein christlicher Gedanke, welcher unsere Unterstützung verdient. Dieser Gedanke läßt sich ohne die Mitwirkung des Staates ebenso wenig verwirklichen wie eine geordnete Armenpflege. Um der christlichen Idee, welche der unentgeltlichen Krankenpflege Unbemittelter zu Grunde liegt, zur Verwirklichung zu verhelfen, nehmen wir das Tabakmonopol in den Kauf. Dasselbe würde früher oder später doch kommen und seine Erträgnisse könnten dann eine Verwendung finden, die uns weit weniger zusagen würde. Die Mitwirkung der Kantone beim Tabakmonopol ist im Initiativvorschlag ausreichend gewahrt. Sobald aber die unentgeltliche Krankenpflege für alle Bevölkerungsklassen ohne Unterschied der Vermögensverhältnisse durchgeführt werden will, so handelt es sich um Staatssozialismus. Dieser ist von der Kirche schon zu oft verurteilt worden, als daß wir etwas von ihm wissen wollten. Das Initiativbegehren in seiner endgültigen Fassung will nun keine Grenze nach Oben für die unentgeltliche Krankenpflege gezogen wissen.

Wir hegen nur den Einen Wunsch, man möge aus dieser Bewegung, welche heute schon als ein todgeborenes Kind zu betrachten ist, die Lehre ziehen, daß man auf unserer Seite nicht solche weittragende Ideen in's Volk werfen soll, ohne darüber mit den maßgebenden geistlichen und weltlichen Führern des katholischen Schweizervolkes Fühlung genommen zu haben. Das katholische Volk will in seiner großen Mehrheit keine Waffenbrüderschaft mit den Sozialdemokraten. Wenn man das beachtet, so bleibt es uns in Zukunft auch erspart, den Jubel mit anzuhören, welchen heute die radikalen Blätter über die „böse Abfuhr“ anstimmen, die am Sonntag in Stans Herr Professor Beck von Herrn Kommissar Berlinger bereitet wurde.

* Aus dem politischen Leben der Kantone verzeichnen wir für das verwichene Jahr kurz folgende Tatsachen. Bern gab sich eine neue demokratische Verfassung. Luzern nahm mit knappem Mehr ein Steuergesetz an und hat dagegen für die Wahlen das Proportionalssystem verworfen. Das Schweizer Volk verwarf mit großem Mehr die Tangfreiheit an Sonn- und Festtagen. Obwalden beschloß Wasserkorrekturen für 1½ Millionen Franken und nahm den ersten Rang bei der pädagogischen Rekrutenprüfung. Vollenbet wurden die Kirche in Lungern, die Kirchenrestauration in Kerns, die Kapellenrestauration im Stalden, die Kleinmelsthalstraße, die Brücke zwischen Kerns und Sachslersberg und die Wasserverforgung in Engelberg. Unter Dach kam das Pensionat im Melchthal. Glarus beschloß ein neues Wirtschaftsgesetz und die unentgeltliche Beerdigung. Zug arbeitet tüchtig an der Verfassungsrevision mit der Proportionalwahl. Freiburg beschloß obligatorische Mobilitärsversicherung. Solothurn verwarf den Proporz und hat dafür einen Vertreter der Opposition im Großen Rat. In der Volksabstimmung wurde das Steuergesetz verworfen, dagegen ein Gesetz scharferer Tonart bezüglich der Ehrenfolgen des Konkurses angenommen. Bei den Wahlen in Baselstadt erhielten die konservativen Zuwachs im National-, Regierungs- und Großen Rate. Schaffhausen verursachte den aufgeklärten Philistern Gänsehaut durch Einführung der Todesstrafe. Appenzell A. Rh. hat zu Nutz und Frommen der Solidität und des gesunden Menschenverstandes die Polzeistunde wieder eingeführt. Das Volk von Graubünden wählte zum erstenmale, und zwar in friedlicher Weise, seine Regierung selbst. Die Nationalratswahlen im Tessin waren der reinste Hohn auf die Friedensschalmei der Radikalen. Die Wahlen in Genf brachten einen ganz bedeutenden Zuwachs für das liberal-konservative Element. — So pul-